

Schweizerische Aussenpolitik im Wandel: Internationalisierung, Globalisierung und Multilateralisierung

Christian HIRSCHI, Uwe SERDÜLT und Thomas WIDMER

Zusammenfassung

Ausgehend von den drei Entwicklungen, wie sie sich in den Schlagwörtern Globalisierung, Internationalisierung und Multilateralisierung ausdrücken, geht der Artikel der Frage nach, inwiefern sich die genannten Prozesse auch in der schweizerischen Aussenpolitik identifizieren lassen. In der Untersuchung, die sich auf Staatsverträge beschränkt, wird diese Frage mit einer quantitativen Vollerhebung der aussenpolitischen Geschäfte für je vier Jahre in den 80er und 90er Jahren untersucht. Die empirische Analyse, die auf insgesamt 821 Fällen beruht, führt zu teilweise überraschenden Ergebnissen. Die Hypothesen zur Internationalisierung und zur Globalisierung liessen sich zumindest teilweise bestätigen. Punkto Multilateralisierung weisen unsere Auswertungen jedoch darauf hin, dass es in der schweizerischen Aussenpolitik, was die Zahl der Staatsverträge betrifft, von den 80er zu den 90er Jahren zu keiner Verschiebung von der bi- zur multilateralen Zusammenarbeit gekommen ist.

Einleitung¹

Kaum eine wirtschaftliche oder politische Debatte kommt momentan ohne die Schlagworte *Globalisierung, Internationalisierung und Multilateralisierung*.

¹ Die hier präsentierte Untersuchung ist Bestandteil eines umfangreicherens Forschungsprojektes im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms "Grundlagen und Möglichkeiten der Schweizer Aussenpolitik" (NFP42). Das Projekt befasst sich mit den inneren Dimensionen von aussenpolitischen Entscheidungsprozessen und steht unter der Leitung von Prof. Ulrich Klöti. Wir danken den beiden anonymen Gutachtern, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des CIS-Kolloquiums Zürich sowie den Mitgliedern der Begleitgruppe des genannten Forschungsprojektes für wertvolle Hinweise und die konstruktive Kritik.

rung aus.² Diese Entwicklungen werden für die unterschiedlichsten Bereiche konstatiert. Erwähnt seien hier Phänomene wie die zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung durch multinationale Konzerne (Milner und Keohane 1996), das Anwachsen von globalen Handelsströmen (Blankart 1998), die Wandlungen in Telekommunikation und Massenmedien (Gellner 1997) oder die internationale Migration (Hoffmann-Nowotny 1997).

In diesem Artikel soll der Frage nachgegangen werden, ob die drei genannten Trends auch in der Gestaltung der schweizerischen Aussenpolitik ihren Niederschlag gefunden haben.³ Der vorliegende Artikel befasst sich nicht mit einer Bewertung dieser Vorgänge oder ihrer Folgen. Es wird auch nicht möglich sein, die schweizerische Aussenpolitik als Ganzes zu untersuchen. Wir beschränken uns lediglich auf *einen spezifischen Aspekt* der schweizerischen Aussenpolitik, nämlich die völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen, nachfolgend Staatsverträge genannt. Dadurch werden zwar andere, nicht unbedeutende Bereiche der aussenpolitischen Tätigkeit, wie etwa die Diplomatie oder die unilaterale Aussenpolitik, ausgeklammert; andererseits bilden die hier untersuchten Staatsverträge quasi das Rückgrat der schweizerischen Aussenpolitik im allgemeinen und der internationalen Zusammenarbeit im besonderen und rechtfertigen damit eine separate Untersuchung. Trotzdem ist deutlich darauf hinzuweisen, dass die Resultate der vorliegenden Untersuchung nicht unbesehen auf die gesamte schweizerische Aussenpolitik übertragen werden können.

Die Fragestellung erörtern wir anhand einer *quantitativen Vollerhebung* aller schweizerischen Staatsverträge in zwei vorgegebenen Untersuchungszeiträumen, welche miteinander verglichen werden sollen.⁴ Der Begriff Staatsvertrag wird in einem übergreifenden Sinn verstanden, unabhängig davon, welche spezifische Bezeichnung (wie beispielsweise Übereinkommen, Noten- oder Briefwechsel, Abkommen, Vertrag, Konvention etc.) im konkreten Fall verwendet wird (zur Terminologie: Section des Traité internationaux 1993: 2-4; Spinner 1977: 39-41). Für die Analyse wurden zwei *Untersuchungsperioden* bestimmt, die jeweils vier Jahre umfassen. Die erste Periode dauert vom 1. Dezember 1981 bis zum 30. November 1985 und die zweite vom 1. Dezember 1989 bis zum 30. November 1993. Aufgrund der im voraus festgelegten Selektionskriterien sind für die beiden Untersuchungsperioden insgesamt 821 Geschäfte identifiziert worden.

Empirische Untersuchungen, welche die genannten Schlagworte unter dem Aspekt von Staatsverträgen auf ihre empirische Evidenz untersuchen,

² Vgl. exemplarisch die Beiträge in Ruloff (1998) und de Pury (1997).

³ Mit ähnlicher Fragestellung: Armingeon (1996), Walter und Zürn (1996), Widmer (1987), Sieber (1981) und Vogel (1979).

⁴ Detaillierte Hinweise zum empirischen Datenmaterial finden sich im Anhang.

sind nur spärlich zu finden.⁵ Eine Untersuchung, die eine umfassende Behandlung der zur Debatte stehenden Frage auf der Ebene der Verhandlungsresultate und den daraus resultierenden Staatsverträgen angeht, steht bisher für die Schweiz noch aus.⁶ Die vorliegende Untersuchung versucht diese Lücke zu füllen. Präziser formuliert lautet die Frage, die wir aufgrund des vorliegenden Datenmaterials untersuchen können: Lassen sich im Vergleich von 80er und 90er Jahren anhand der von der Schweiz abgeschlossenen Staatsverträge Veränderungen in der schweizerischen Aussenpolitik feststellen? Inwiefern hat die Schweiz als Nichtmitglied von UNO, EU/EWR und NATO an den Prozessen hin zu einer verstärkten Globalisierung, Internationalisierung und Multilateralisierung teilgehabt?

Der Artikel ist wie folgt strukturiert: Das nachfolgende Kapitel befasst sich mit den theoretischen Grundlagen und leistet einen Beitrag zur begrifflichen Klärung. Anschliessend werden die zu untersuchenden Hypothesen vorgestellt und erläutert. Im folgenden Kapitel legen wir die Resultate der empirischen Analyse dar. Das letzte Kapitel enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse und die darauf basierenden Folgerungen. Daran anschliessend folgt der Anhang mit Hinweisen und Erläuterungen zum Datenmaterial.

Theoretische Grundlagen und begriffliche Klärung

Zu den Themen Internationalisierung, Multilateralisierung und – in den letzten Jahren vermehrt – Globalisierung besteht eine überwältigende Fülle von Literatur. Die Begriffsverwendung variiert in den Texten aber deutlich. Deshalb scheint es uns angezeigt, die zentralen Konzepte der Internationalisierung, Multilateralisierung und Globalisierung etwas ausführlicher zu erläutern. Das Ziel dieser Ausführungen besteht explizit nicht darin, Definitionen mit allgemeinem Geltungsanspruch zu formulieren; vielmehr zielen wir darauf ab, die in unserer Untersuchung angesprochenen Begriffsinhalte zu klären, gegeneinander abzugrenzen und damit die nachfolgend diskutierten Inhalte zu verdeutlichen.

Vorweg ist darauf hinzuweisen, dass alle drei Begriffe *Prozesse* bezeichnen, also dynamische Entwicklungen umschreiben. Weiter ist zu beto-

⁵ Das unter der Leitung von Peter H. Rohn durchgeführte Projekt "World Treaty Index" wäre für unser Vorhaben sehr dienlich, enthält jedoch nur Daten bis 1980 (Rohn 1983). Ein von Robert W. Cox koordiniertes, normativ-kritisch ausgerichtetes Forschungsprogramm an der United Nations University mit dem Titel "Multilateralism and the United Nations System" erbrachte keine für uns relevanten empirischen Resultate (Cox 1997). Hingegen haben wir die Resultate des am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (Universität Bremen) seit 1994 laufenden Projektes "Gesellschaftliche Bestimmungsfaktoren von politischer Integration und politischer Fragmentierung in der OECD-Welt" berücksichtigt (Beisheim et al. 1999).

⁶ Ähnliche Untersuchungen gibt es für China und Japan: Adams (1972), Scott (1973), Shinobu (1987).

nen, das wir uns mit der Internationalisierung, Multilateralisierung und Globalisierung von *Politik* befassen. Diese Veränderungen von Politik haben sehr wohl einen Zusammenhang mit entsprechenden wirtschaftlichen, technologischen oder kulturellen Entwicklungen, die in der Diskussion zumeist im Vordergrund stehen. Neben den drei von uns ins Zentrum gerückten Begriffen, werden in dem hier interessierenden Kontext auch – mit jeweils leicht unterschiedlichen Konnotationen – andere Bezeichnungen verwendet, etwa die "Entgrenzung" (Brock und Albert 1995) oder die "Denationalisierung" (Zürn 1998a, b). Weiter ist auf Konzepte hinzuweisen, die Lösungen zu Problemen umschreiben, welche durch die genannten Prozesse induziert wurden. Dazu gehören etwa die "transnationale Politik" (Kaiser 1996), die "postnationale Konstellation" (Habermas 1998), das "komplexe Weltregieren" (Zürn 1998b) oder das "cosmopolitan model" (Archibugi und Held 1995; Held 1996: 353-360). Im Gegensatz zu diesen Texten befasst sich die vorliegende Untersuchung nicht mit Konzepten der Politikgestaltung, die als *bewusste* Reaktion auf den ökonomischen, technologischen und kulturellen Wandel gedacht sind und mit dem Ziel entwickelt wurden, die als negativ empfundenen Auswirkungen auf Demokratie und Handlungsfähigkeit des Staates zu überwinden.⁷ Vielmehr handelt es sich bei den hier zu diskutierenden Aspekten um Entwicklungen, die auch ohne die Erkenntnis einer „Zweiten Moderne“ (Beck 1998: 25) stattfinden.

Zur Internationalisierung

Während in der Literatur bisweilen Internationalisierung und Globalisierung gleichgesetzt werden (Ruggie 1998: 80f.; Hirst und Thompson 1998: 102) oder eine graduelle Differenz zwischen den beiden Prozessen eingeführt wird (Streeck 1998: 11; Beck 1998a: 199), behandeln wir sie als eigenständige Phänomene mit voneinander zu unterscheidenden Charakteristiken.

Das Phänomen der Internationalisierung umschreibt einen Prozess, in dessen Verlauf (1) die Außenpolitik in Relation zur Innenpolitik an Bedeutung gewinnt (quantitative Internationalisierung) und (2) Themen, die traditionell in der Innenpolitik behandelt werden, vermehrt durch die Außenpolitik aufgegriffen werden (qualitative Internationalisierung).

Im angelsächsischen Sprachraum wurde für diesen Vorgang der Vermischung von Innen- und Außenpolitik der Hybridbegriff "intermestic politics" geprägt (Manning 1977: 309, Barilleaux 1985; Spanier und Wendzel 1995; Gress 1996: 55). Die Thematik wurde aber auch bereits ein Jahrzehnt

⁷ Siehe dazu die Ausführungen von David Held (1998:61), der konstatiert, dass sich nationale politische Gemeinschaften zunehmend in die Lage eines "decision takers" versetzt sehen.

früher unter dem Begriff "linkages" zwischen Aussen- und Innenpolitik diskutiert (Rosenau 1967, 1969).

Die nationalstaatlichen Regierungen haben nach Karl Kaiser (1996: 312-314) grundsätzlich drei Möglichkeiten, um auf die durch den wirtschaftlichen, sozialen, technologischen und kulturellen Wandel zu reagieren, nämlich erstens mittels nationaler Politik zu versuchen, die genannten Entwicklungen einzuschränken.⁸ Diese Möglichkeit stösst jedoch dann an ihre Grenzen, wenn der Staat vermehrt mit transnationalen Akteuren konfrontiert wird, die nicht an das entsprechende Staatsterritorium gebunden sind. Zweitens besteht für den Nationalstaat die Möglichkeit der Isolierung, der Abkapselung. Doch auch dieser protektionistische Ansatz verspricht wenig Erfolg. Die mit ihm verbundenen, vor allem wirtschaftlichen Nachteile werden heutzutage als viel zu einschneidend wahrgenommen; dies gilt besonders deutlich für die Schweiz, mit ihrer starken ökonomischen Aussenorientierung. So bleibt dem Nationalstaat nur noch die dritte Alternative, die verstärkte internationale, politische Kooperation, wie sie in einer qualitativen wie quantitativen Internationalisierung zum Ausdruck kommt.⁹

Zur Globalisierung

Die Rede von der Globalisierung ist nicht etwa ein Phänomen der letzten Jahre. Unter anderem Titel wurden vergleichbare Aspekte bereits vor langerer Zeit diskutiert. Erinnert sei etwa an die Schriften von Karl Kaiser zur transnationalen Politik (Kaiser 1969, 1996; Scharpf 1998) oder die Ausführungen von Niklas Luhmann (1971) zur Weltgesellschaft, die bereits eine Vielzahl der heute diskutierten Aspekte thematisierten. Deutlich wird anhand der Monographie von Ulrich Beck (1998a) "Was ist Globalisierung?", dass es sich dabei nicht um eine triviale Begrifflichkeit handeln kann.

Im Allgemeinen wird unter dem Begriff der Globalisierung eine zunehmende internationale Verflechtung wirtschaftlicher, aber auch kultureller, technologischer und politischer Art verstanden.¹⁰ Neben einer Fülle weiterer

⁸ Jürgen Habermas sieht zunächst eine weitere Option: "Aussichtsreicher ist eine Politik der vorausilenden, intelligenten und schonenden Anpassung der nationalen Verhältnisse an den globalen Wettbewerb"; beurteilt deren längerfristige Tragfähigkeit aber als gering (Habermas 1998: 72). Vgl. dazu auch die Ausführungen von Hans Geser (1992) zu den Handlungsmöglichkeiten von Kleinstaaten.

⁹ Neben anderen Antworten auf die Globalisierung thematisiert auch Ulrich Beck die internationale Zusammenarbeit (Beck 1998a: 218-21, Lafontaine 1998).

¹⁰ Wie weit der Prozess der Globalisierung vorangeschritten ist, bleibt in der Fachliteratur – im Gegensatz zu den Diskussionen in einer breiteren Öffentlichkeit – nicht unumstritten. So bestehen Zweifel über die Tragweite dieser Entwicklung insbesondere auch bei der wirtschaftlichen Globalisierung (Hirst und Thompson 1998; Perraton et al. 1998). In Anlehnung an das sog. Thomas-Theorem ("If men define their situations as real, they are real in their consequences"; Thomas 1951, 1966; Tuchman 1994: 311) können wir jedoch davon ausgehen, dass diese Einwände wenig Wirkung entfalten.

Dimensionen des Begriffs Globalisierung (Beck 1998a: 61-114; Dror 1996: 372-374) werden wir uns im folgenden auf einen spezifischen Aspekt beschränken, und zwar auf den *räumlichen* Gehalt des Begriffs: die Bedeutung örtlicher Differenz, der Raum verliert seine Bedeutung als Hemmschwelle der Interaktion, "Entfernungen schrumpfen zusammen" (Dror 1996: 373), werden vernichtet.¹¹ So entstehen "global village" und "global neighborhood" (Commission 1995) – auch für die Schweiz.¹²

Für die schweizerische Aussenpolitik ergibt dies einen erhöhten Bedarf nach internationaler Zusammenarbeit mit Staaten, die weit entfernt von der Schweiz liegen und zu denen bislang keine besonders engen Kontakte gepflegt wurden.

Zur Multilateralisierung

Unter dem Begriff Multilateralisierung verstehen wir einen Prozess, der sich im Rahmen der Aussenpolitik vollzieht. Gemeint ist damit die zunehmende Abkehr von der klassischen bilateralen Zusammenarbeit, bei der mit jeweils nur einem internationalen Partner kooperiert wird, hin zu Formen der internationalen Zusammenarbeit, die sich unter mindestens drei, oft aber unter deutlich mehr internationalen Interaktionspartnern abspielt. Diese Veränderung der Qualität der Aussenpolitik lässt sich auf vier Faktoren zurückführen:

- In den letzten Jahrzehnten hat die Zahl internationaler Organisationen deutlich zugenommen (Karns und Mingst 1987; Rittberger 1995: 72). Aber auch die Existenz internationaler Regime, die nicht nur Innenwirkungen (bei den mitwirkenden Staaten), sondern auch wesentliche Aussenwirkungen mit sich bringen, setzt eine Dynamik in Gang, die es abseits stehenden Staaten immer schwerer macht, ihre Haltung aufrechtzuerhalten (Krasner 1983; Hasenclever et al. 1997).
- Die Politik ist immer häufiger mit Themen konfrontiert, die sich weder in der innenpolitischen Arena (siehe oben) noch mit internationaler bilateraler Zusammenarbeit angehen lassen. Die bilaterale Zusammenarbeit ist besonders dann überfordert, wenn sich die Problemlage über die Territorien zweier Staaten ausdehnt. Hingewiesen sei beispielsweise auf Risiken, die sich nicht an die Grenzen der nationalstaatlichen Territorien halten und Ulrich Beck von der "Weltrisikogesellschaft" (Beck 1998a: 62, 73-80) spre-

¹¹ Jean-Marie Guéhenno bezeichnet dies als "de-territorialization" (Guéhenno 1998:138). Dieses zugegebenermaßen eingeschränkte Verständnis von Globalisierung erfolgt in Anlehnung an Anthony Giddens, der in diesem Zusammenhang von "Fernwirkung" spricht (Giddens 1997: 23)

¹² Diese – in nicht unproblematischer Weise romantisierenden – Begriffe könnten vermuten lassen, dass sich eine Weltgemeinschaft (nicht -gesellschaft) entwickelt. In schroffem Gegensatz dazu stehen die Prozesse, welche eine verstärkte lokale Bindung feststellen (vgl. die "Glokalisierung" bei Altvater und Mahnkopf 1996: 27-30; Beck 1998a).

chen lassen. Aber auch andere Fragen, etwa die internationale Normierung von Produkten und Prozessen zur Erleichterung des internationalen Austauschs von Waren, Dienstleistungen und Kapital, lassen sich in multilateralen Konstellationen adäquater bearbeiten.

- Die multilaterale Zusammenarbeit verfügt nicht nur über eine erhöhte Problembehandlungskapazität, sondern ist auch effizienter, indem sie wesentlich zur Reduktion der Transaktionskosten internationaler Zusammenarbeit beitragen kann. Dies gilt besonders für Fragen auf der Stufe technischer Zusammenarbeit, wie etwa die zuvor erwähnte Etablierung internationaler Normensysteme – für andere Probleme mag dies weniger gelten. Effizienzgewinne lassen sich insbesondere auch dann erzielen, wenn ein Beitritt zu einer bereits bestehenden Regelung vorgenommen wird oder wenn eine internationale Organisation einen Rahmen für die Zusammenarbeit anbietet.
- Ein vierter Faktor bildet die Globalisierung (siehe oben), welche die Zahl potentieller Aktionspartner für die schweizerische Aussenpolitik erhöht und damit dazu beiträgt, die Zahl der Partner bei der multilateralen Zusammenarbeit zu erhöhen.

Hypothesen

Zu der eingangs formulierten Frage nach den Veränderungen der schweizerischen Aussenpolitik zwischen den 80er und den 90er Jahren lassen sich Hypothesen formulieren, die sich mit der Internationalisierung, Multilateralisierung sowie der Globalisierung auseinandersetzen, wie sie vorgängig erläutert wurden.

Internationalisierung

Hypothese 1a

Die aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz haben zwischen den 80er und 90er Jahren quantitativ zugenommen (Quantitative Internationalisierung).

Die Hypothese geht davon aus, dass sich innenpolitische Politikbereiche immer stärker mit der internationalen Ebene verflechten (Frieden und Rogowski 1996; Garrett und Lange 1996; Hallerberg und Basinger 1998). Dies führt dazu, dass sich die Zahl der aussenpolitischen Aktivitäten als Ganzes über die Zeit hinweg erhöht. Es ist demzufolge zu erwarten, dass die Zahl der aussenpolitischen Geschäfte in den 90er Jahren höher ausfällt, als in einer vergleichbaren Periode in den 80er Jahren. Für die Zeit von 1947 bis 1982 – also bis zum Beginn der ersten Untersuchungsperiode – hat sich in der Schweiz das internationale Recht im Vergleich zum nationalen mit einer Wachstumsrate von circa dreissig Rechtsakten pro Jahr prozentual stärker

entwickelt (Linder, Schwager und Comandini 1985: 45-47). Das Wachstum war über die ganze beobachtete Zeit beinahe linear, schwächte sich gegen die achtziger Jahre jedoch wieder leicht ab.

Hypothese 1b

Die im Rahmen der schweizerischen Aussenpolitik behandelten Themen haben sich über die Zeit hinweg ausgeweitet (Qualitative Internationalisierung).

Das nachfolgende Zitat von Walter Kälin führt uns zur zweiten Teilhypothese: "Die Quantität der Staatsverträge ist mit anderen Worten oft nur Ausdruck dafür, wie stark die grenzüberschreitende Interdependenz aller Lebensbereiche zugenommen hat" (Kälin 1997). So sollte also auch der Umfang der in der Aussenpolitik thematisierten *Politikbereiche* sukzessive zunehmen. Wir postulieren damit, dass sich das thematische Spektrum der Aussenpolitik von den 80er zu den 90er Jahren erweitert hat. In diesem Sinne wird eine zunehmende aussenpolitische Durchdringung der Innenpolitik erwartet, die sich darin manifestiert, dass klassisch innenpolitische Themen zunehmend auf die aussenpolitische Agenda gesetzt werden. Schneider (1998: 69) spricht in diesem Zusammenhang von einer "Auffächerung der Aussenpolitik". Umgekehrt wird vermutet, dass sich der prozentuale Anteil der traditionellen im Verhältnis zu dieser "neuen" Aussenpolitik verringert.

Globalisierung

Hypothese 2

Von den 80er zu den 90er Jahren kommt es zu einer regionalen und quantitativen Ausweitung der Interaktionspartner in der schweizerischen Aussenpolitik (Globalisierungsthese).

Die These der Globalisierung besagt, dass sich die wirtschaftliche und soziale internationale Verflechtung zunehmend verstärken und sich immer mehr von der räumlichen Distanz losgelöst in einer globalen Dimension entwickeln.¹³ Es ist anzunehmen, dass auch die staatlichen Aussenbeziehungen der Schweiz diese Verflechtungstendenzen widerspiegeln. Das internationale Beziehungsnetzwerk der schweizerischen Aussenpolitik breitet sich auf die ganze Welt aus, umfasst vermehrt weiter entfernte Regionen und verliert

¹³ Vgl. dazu Rosati et al. (1994) und die Globalisierungsdebatte in den Nummern 3(4), 4(1) und 4(2) der Schweizerischen Zeitschrift für Politische Wissenschaft. Aus aussenwirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Sicht siehe: Kappel und Landmann (1997). Zürn (1998a, b) zieht dem Begriff der Globalisierung jener der Denationalisierung vor, um damit auszudrücken, dass sich diese Entwicklung weniger weltweit, sondern primär zwischen den OECD-Staaten abspielt.

seine eurozentrierte Ausrichtung.¹⁴ Gemäss dieser Hypothese sollte sich die Aussenpolitik der Schweiz tendenziell von einem auf die Nachbarstaaten sowie andere europäischen Staaten orientierten Beziehungsgeflecht zu einem weltumspannenden Netzwerk wandeln.

Multilateralisierung

Hypothese 3

Von den 80er zu den 90er Jahren hat sich der Anteil der multilateralen Zusammenarbeit zu Lasten des Anteils der bilateralen Zusammenarbeit vergrössert (Multilateralisierungsthese).

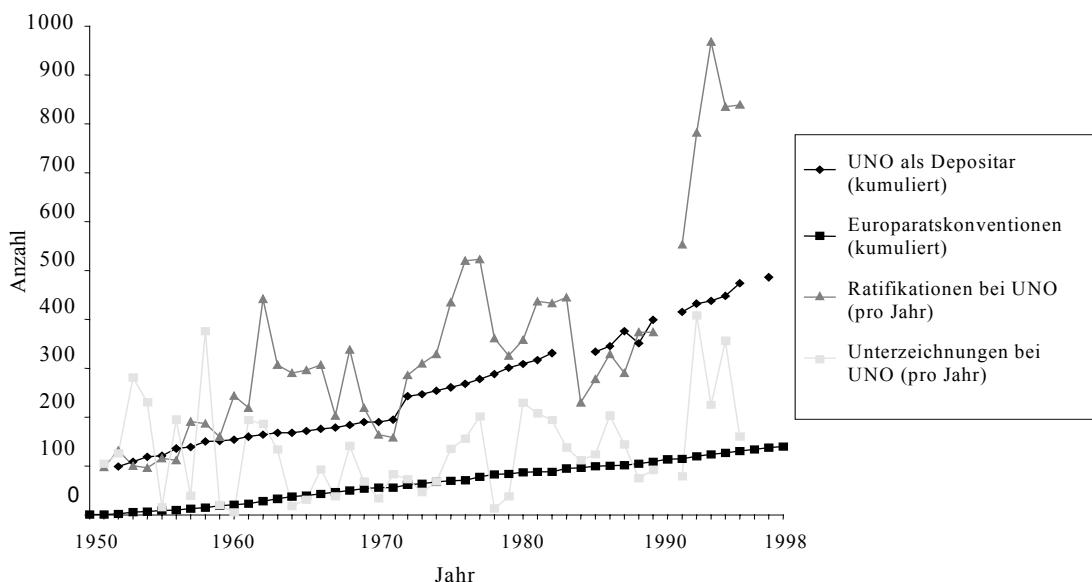
Sehr weit verbreitet in Politik wie Wissenschaft ist die These, dass sich die internationale Zusammenarbeit zunehmend von der bilateralen auf die multilaterale Ebene verlagert. Diese Vermutung wird in genereller Weise, aber auch für die Schweiz im speziellen vertreten (siehe etwa Goetschel 1998).

Graphik 1 verdeutlicht, dass der Prozess der Multilateralisierung weltweit und in Europa zwar nicht sprunghaft, doch stetig vorangeschritten ist. Die Anzahl der von der UNO als Depositär verwalteten multilateralen Verträge sowie die Anzahl Europaratskonventionen hat seit den 50er Jahren beinahe linear zugenommen. Die Aktivitäten der an den von der UNO verwalteten multilateralen Verträgen – ausgedrückt in Unterzeichnungen und Ratifikationen pro Jahr – beteiligten Staaten ist zwar äusserst volatil; sie haben aber mit dem Aufbruch des Ostblocks nach 1989 noch zugenommen. Von einer Abflachung der weltweiten Multilateralisierung kann vor dem Hintergrund dieser (zwar nicht alle multilateralen Verträge umfassenden) Auswertungen nicht gesprochen werden.¹⁵

¹⁴ In Ansätzen ist diese Frage bereits bei Frei (1982) untersucht worden. Die Codievorschriften und Rohdaten aus diesem Projekt sind allerdings nicht auffindbar. Eine Sekundäranalyse ist folglich nicht möglich.

¹⁵ Eine Auszählung der United Nations Treaties Series (UNTS) hätte den Prozess der globalen Multilateralisierung eventuell besser erfasst, war uns selbst jedoch aufgrund fehlender zeitlicher Ressourcen nicht möglich. Die Treaties Section der UNO selbst verfügt elektronisch nur bis Beginn der 80er Jahre, basierend auf dem gedruckten Index der UNTS bis Mitte der 70er Jahre, über verlässliche Angaben. Siehe dazu die Bemerkungen bei Beisheim (1999: 333).

Graphik 1: Entwicklung multilateraler Verträge global und in Europa anhand der von der UNO als Depositar verwalteten Verträge und den Europaratskonventionen, 1950-1998



Quellen: Yearbook of the United Nations, 1951-95¹⁶, Homepage des Europarates: <http://www.coe.fr>.

Zu beachten gilt es für die Schweiz während der 80er und 90er Jahre mit Sicherheit den relativ eng begrenzten Handlungsspielraum, der sich aufgrund der spezifischen Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik (insbesondere durch das Neutralitätsprinzip) und durch die gescheiterten Versuche (UNO, EWR) zu einer stärkeren multilateralen Verflechtung der Schweiz ergibt. Es ist jedoch zu vermuten, dass bei dem sich immer noch ausweitenden Angebot an multilateralen Verträgen sowohl auf globaler als auch auf europäischer Ebene für die Schweiz zwischen den 80er und den 90er Jahren eine verstärkte Multilateralisierung stattgefunden hat.

Empirische Analysen

Quantitative Untersuchungen über von der Schweiz abgeschlossene völkerrechtliche Verträge haben sich bisher aus Gründen der Praktikabilität auf die in der SR publizierten Rechtsakte beschränkt (Spinner 1977; Linder, Schwager und Comandini 1985), währenddem hier mit dem Ziel einer Voll-

¹⁶ Die Daten für 1990 fehlen, weil das entsprechende Jahrbuch noch nicht publiziert ist. Die Zahlen für die von der UNO verwalteten multilateralen Verträge in den Jahren 1983 und 1984 sind derart hoch (672 resp. 677), dass wir von einem Druckfehler ausgehen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die UNO während zweier Jahre für rund doppelt so viele multilaterale Verträge wie sonst üblich als Depositar fungierte und danach wieder nicht mehr.

erhebung auch nicht-publizierte Staatsverträge berücksichtigt werden. Auch hinsichtlich der Untersuchungseinheit bestehen im Detail Unterschiede, die es bei Vergleichen mit dem hier vorliegenden Datenmaterial zu beachten gilt. Im Rahmen unseres breiter angelegten Forschungsprojektes, bei dem es in erster Linie um aussenpolitische Entscheidungsprozesse und nicht um Staatsverträge oder die Entwicklung des Rechts per se geht, ist es für die Falldefinition angebrachter, auf das Datum des Verhandlungsabschlusses auf internationaler Ebene abzustellen und nicht auf das Datum der Veröffentlichung oder des Inkrafttretens in der Schweiz.¹⁷ Die Resultate der Studien von Spinner (1977) sowie Linder, Schwager und Comandini (1985) können somit nur unter Vorbehalt mit den unsrigen verglichen werden. Allerdings decken sie derart lange Untersuchungsperioden ab, dass sich Verschiebungen, die auf die unterschiedliche Falldefinition zurückgehen, teilweise wieder verwischen können.

Hypothesen zur Internationalisierung

a) Quantitative Internationalisierung

In die erste unserer Untersuchungsperioden (von Dezember 1981 bis November 1985) fallen 282 oder 34% der Fälle, in die zweite (von Dezember 1989 bis November 1993) 539 oder 66% der Fälle. Während bei zwei Dritteln aller untersuchten Fälle Abschlüsse von Staatsverträgen (inkl. Beitritte zu Internationalen Organisationen) getätigt wurden, sind zu einem Drittel Änderungen der unterschiedlichsten Art (Abänderung, Aufhebung, Suspendierung oder Verlängerung) erfolgt. In der 2. Periode finden sich somit fast doppelt so viele aussenpolitische Geschäfte wie in der 1. Periode. Das Verhältnis von Neuabschlüssen zu Änderungen oder Anpassungen von bereits bestehenden Abkommen ist sich in beiden Beobachtungszeiträumen mit 2:1 gleichgeblieben (Tabelle 1). Rein mengenmässig ist demnach ein klarer Anstieg der aussenpolitischen Geschäfte feststellbar. Das Wachstum beträgt rund 90%.

¹⁷ Weitere Hinweise zum empirischen Datenmaterial finden sich im Anhang.

Tabelle 1: Aussenpolitische Geschäfte aufgeteilt nach Art der Handlung und Periode

	1. Periode		2. Periode		Total	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Neuabschluss	189	67.0	360	66.8	549	66.9
Änderung	93	33.0	179	33.2	272	33.1
Total	282	100.0	539	100.0	821	100.0

b) Qualitative Internationalisierung

Für die thematische Auswertung der von uns erfassten aussenpolitischen Geschäfte haben wir wie bereits zuvor Linder, Schwager und Comandini (1985) in ihrer Studie über die quantitative Entwicklung des Rechts auf die detaillierteren zweistelligen Codes der Systematischen Sammlung des Bundesrechts (SR) abgestellt (Tabelle 2).¹⁸ Die Sektoren wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit (29.7%), Verkehr (14.6%) und Zollwesen (13.2%) machen das Gros der aussenpolitischen Geschäfte aus, während die Kategorien der klassisch aussenpolitischen Bereiche wie Diplomatie oder Krieg und Neutralität (Fussnote 22) nur relativ schwach belegt sind.

Dank der Untersuchung von Linder, Schwager und Comandini (1985) ist es uns möglich, die Veränderung des in der Aussenpolitik abgedeckten Themenspektrums zwischen den beiden von uns ausgezählten Perioden im Lichte der thematischen Verteilung von 1948-82 zu analysieren (Tabelle 2). Traditionell wichtige Bereiche der Aussenpolitik wie Handel, Diplomatie, Internationale Organisationen und Staatsangehörigkeit waren 1948 bis 1982 noch relativ gut vertreten, kommen in unserer 1. und 2. Periode jedoch nicht mehr über 4% hinaus. Die Themen Ökologie und Gesundheit, Wissenschaft und Forschung sowie der Post- und Fernmeldeverkehr sind erst während unseren Perioden stärker in Erscheinung getreten. Ein eindeutiger Trend lässt sich lediglich für die Themenkategorie wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit feststellen. Die Bedeutung dieses Teils der Aussenpolitik hat deutlich zugenommen. Insgesamt hat somit eine Verschiebung des Themenkatalogs im Sinne der Hypothese hin zu eher innenpolitischen Themen stattgefunden. Von der 1. zur 2. Periode ist jedoch entgegen der aufgestellten Hypothese für die aussenpolitischen Geschäfte der Schweiz

¹⁸ 40% der von uns erfassten Geschäfte weisen keine SR-Nummer auf. Das bedeutet gleichzeitig, dass ein relativ grosser Anteil der von der Schweiz abgeschlossenen internationalen Verpflichtungen nicht publiziert ist. Darin enthalten sind auch einige wenige Fälle, die (noch) nicht ratifiziert sind oder deren Publikation in Vorbereitung ist.

eine Konzentration und nicht eine Ausweitung der thematischen Ausrichtung feststellbar.¹⁹

Tabelle 2: Aussenpolitische Geschäfte nach Themenkategorien in Prozent

Thema	1948-1982 ²⁰	1. Periode	2. Periode	Total ²¹
Verkehr	16.3	12.8	15.6	14.6
Zollwesen	13.5	16.0	11.7	13.2
Wirtschaftliche & technische Zusammenarbeit	8.3	21.6	34.0	29.7
Handel	7.4	2.8	2.8	2.8
Diplomatie, Internationale Organisationen	6.2	3.9	2.8	3.2
Staatsangehörigkeit, Aufenthalt	5.4	1.8	3.3	2.8
Soziale Sicherheit	5.3	5.3	1.1	2.6
Doppelbesteuerung	4.2	1.4	2.6	2.2
Gesundheit (inkl. Ökologie)	3.4	5.0	4.5	4.6
Geistiges Eigentum	3.2	1.4	1.3	1.3
Rechtshilfe und Auslieferung	2.8	1.1	2.6	2.1
Wissenschaft und Forschung	2.3	7.8	2.4	4.3
Post- und Fernmeldeverkehr	1.6	5.0	2.6	3.4
Landwirtschaft	1.3	1.1	1.9	1.6
Energie	0.9	2.1	0.9	1.3
Natur- und Heimatschutz	0.4	1.8	1.1	1.3
Menschenrechte und Grundfreiheiten	0.2	1.8	1.5	1.6
andere ²²	17.5	7.4	7.1	7.2
keine Angabe	0.0	0.0	0.4	0.2
Total	N=1599	N=282	N=539	N=821

Globalisierungs-Hypothese

Die Auswertung in Tabelle 3 zeigt auf, wie weit die geographische Verbreitung der vertraglichen Beziehungen der Schweiz reichen. Ein Schwerpunkt der schweizerischen Vertragspartner befindet sich in Westeuropa (29.4% und 19.1% für die 1. bzw. 2. Periode). Aussenpolitische Geschäfte, die sich über drei Kontinente hinweg erstrecken – von uns als global be-

¹⁹ Auch wenn die am stärksten belegte Kategorie “Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit” für die Auszählungen nicht berücksichtigt würde.

²⁰ 1948-1982: kumulierte Rechtssetzungsaktivitäten 1948 bis 1982 (eigene Berechnungen gemäss: Linder, Schwager und Comandini 1985: 97).

²¹ Total aus 1. und 2. Periode

²² Setzt sich zusammen aus: Zivilrechtspflege, Schule, Grenze/Gebietsveränderungen, Kunst/Kultur, Forstwesen/Jagd/Fischerei, Krieg/Neutralität, Arbeit, Personen-, Familien-, Erb- und Sachenrecht, Bestimmte Verbrechen, Internat. Zusammenarbeit, Steuern, Öffentliche Werke, Obligationenrecht, Strafvollzug, Allg. Abkommen Schule/Wissenschaft/Kultur, Schutz von Kulturgut, Be- glaubigung, Staat und Kirche, Organisationen (Privatrecht), Dokumentation, Weltraumrecht, Fürsorge, Industrie und Gewerbe, Kredit, Entschädigungen schweiz. Interessen.

zeichnet – kommen gleich an nächster Stelle (19.9% bzw. 16.3%). Die erstaunlich hohe Anzahl von Vertragspartnern auf dem afrikanischen Kontinent (13.1% bzw. 15.0%) kann auf die relativ grosse Zahl an Umschuldungs- und Kreditabkommen zwischen der Schweiz (resp. dem Pariser oder Londoner Club) und finanzschwachen afrikanischen Ländern zurückgeführt werden.

Tabelle 3: Geographische Verteilung der Vertragspartner der Schweiz (ausenpolitische Geschäfte absolut und in Prozent)

	Neuabschlüsse		Änderungen		Total	
	Periode 1	Periode 2	Periode 1	Periode 2	Periode 1	Periode 2
nur Nachbarstaat(en)	28	14.8	29	8.1	13	14.0
Westeuropa*	43	22.8	44	12.2	40	43.0
Osteuropa**	9	4.8	64	17.8	2	2.2
Europa (West + Ost)	3	1.6	26	7.2	4	4.3
Afrika	36	19.0	68	18.9	1	7.3
Asien	15	7.9	37	10.3	5	6.7
Australien	1	0.5	4	1.1	0	0.0
Nordamerika	2	1.1	5	1.4	1	1.1
Südamerika	10	5.3	42	11.7	1	1.1
2 Kontinente	3	1.6	4	1.2	2	2.2
3+ Kontinente	34	18.0	29	8.1	22	23.7
nicht zutreffend***	5	2.6	8	2.2	2	2.2
Spaltentotal	189	100.0	360	100.0	93	100.0
					179	100.0
					282	100.0
					539	100.0

* inkl. Türkei; ** Ex-WAPA Staaten; *** bilaterale Abkommen mit Internationalen Organisationen ohne klare geographische Zuordnung

Die grössten Wachstumsraten sind zwischen den beiden Untersuchungsperioden für Neuabschlüsse von Staatsverträgen mit Ländern aus Osteuropa (von 4.8% auf 17.8%), Asien (von 7.9% auf 10.3%) und Südamerika (von 5.3% auf 11.7%) zu verzeichnen (bei den Änderungen: drei und mehr Kontinente). Während der Anstieg bezüglich Osteuropa mit den vielschichtigen politischen, wirtschaftlichen und territorialen Umwälzungen ab 1989 erklärt werden kann, weist der Zuwachs an Staatsverträgen mit den weit von der Schweiz entfernten Kontinenten Asien und Südamerika auf eine Ausweitung des Aktionsradius im Sinne der Globalisierungs-Hypothese hin. Damit geht ein relativer Bedeutungsverlust der näher liegenden Vertragspartner (Nachbarländer und Westeuropa) einher. Hingegen nimmt die Zahl der als global bezeichneten Verträge, die sich über drei oder mehr Kontinente erstrecken, leicht ab (siehe unten).

Multilateralisierungs-Hypothese

Zwei Drittel der von der Schweiz mit internationalen Partnern abgeschlossenen oder abgeänderten Verträge sind bilateraler Natur, etwa ein Drittel der Fälle besteht aus multilateralen Geschäften (Tabelle 4). Nach einzelnen Ländern ausgezählt fallen bei den bilateralen Staatsverträgen die meisten Geschäfte auf die Schweizer Nachbarstaaten Deutschland (31), Frankreich (22) und Italien (21). Eine Größenordnung tiefer finden sich mit zwölf Geschäften Finnland, mit je zehn Geschäften Österreich und Senegal und mit je neun Geschäften die ehemalige Sowjetunion und Rumänien. Noch vor all den oben namentlich aufgeführten Ländern steht allerdings – für die bilateralen Abkommen mit Internationalen Organisationen – die EWG mit 41 Geschäften (aufgeteilt in 20 Abschlüsse und 21 Änderungen).

Zwar haben Geschäfte, die multilateralen Staatsverträgen entsprechen, von der ersten zur zweiten Periode absolut gesehen von 108 auf 172 Fälle zugenommen (Tabelle 4). Da jedoch bei den bilateralen Verträgen mit Staaten ein noch stärkeres Wachstum zu beobachten war, muss die Hypothese aufgrund der relativen Anteile verworfen werden.

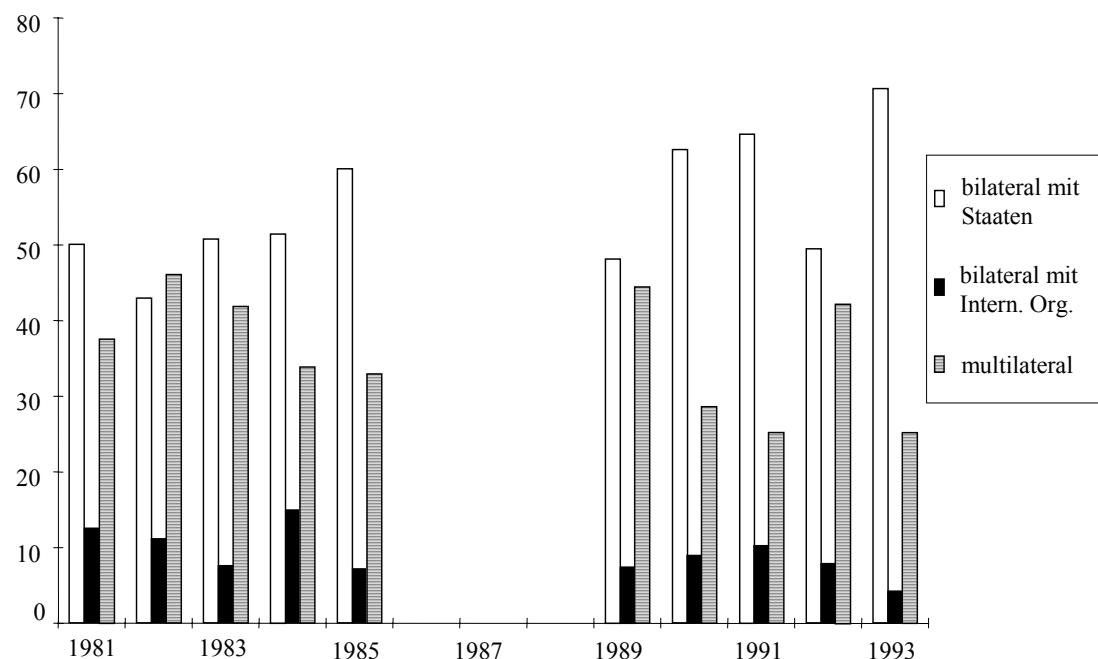
Tabelle 4: Typ des Vertragsabschlusses (aussenpolitische Geschäfte absolut und in %)

	Neuabschlüsse		Änderungen		Total	
	Periode 1	Periode 2	Periode 1	Periode 2	Periode 1	Periode 2
bilateral mit Staaten	113	60	264	73	32	34
bilateral mit Int. Org.	20	11	28	8	9	10
multilateral	56	30	68	19	52	56
Total	189	101	360	100	93	100
					179	100
					282	99
					539	100

Von einer Multilateralisierung der Aussenpolitik im engeren Sinne kann für die Schweiz im Vergleich der von uns ausgewählten Zeitperioden folglich keine Rede sein. Im Gegenteil – prozentual gesehen müsste man eher von einer Bilateralisierung sprechen. Auch wenn man diesen Zusammenhang durch eine Variable, die alle Geschäfte in wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Staatsverträge einteilt, kontrolliert, ändert sich nichts daran. Eine mögliche Erklärung für die in Tabelle 4 und der Graphik 2 präsentierten Zusammenhänge geht dahin, dass nach dem negativen Abstimmungsscheid zum EWR vom 6. Dezember 1992 über den bilateralen Weg eine Kompensation stattgefunden haben könnte. Der Anstieg von bilateralen Verträgen in den Jahren 1990 und 1991 geht zum grössten Teil auf das Konto von neu entstandenen osteuropäischen Staaten und ist somit durch die Ereignisse von 1989 erklärbar. Das Anwachsen der Zahl der bilateralen Verträge im Jahre 1993 auf über 70 Geschäfte würde durchaus für eine Kompensation

nach der EWR-Abstimmung sprechen. Die Zeitspanne von einem Jahr ist jedoch zu kurz, um derartig weitreichende Schlüsse zu ziehen.

Graphik 2: *Typ des Vertragsabschlusses pro Jahr für die beiden Untersuchungsperioden (Anzahl aussenpolitische Geschäfte absolut)*



1981 und 1989: Daten nur für den Monat Dezember; 1985 und 1993: Daten ohne den Monat Dezember

Nun stellt sich weiter die Frage, ob sich die Charakteristik der multilateralen Zusammenarbeit, im Sinne einer Zunahme der Zahl der beteiligten Vertragspartner, verändert hat. Zwischen den beobachteten Zeitperioden zeichnet sich eine leichte Zunahme der Zahl der schweizerischen Vertragspartner in der multilateralen Zusammenarbeit ab (Tabelle 5). Der Durchschnittswert an Partnern steigt von 38.2% auf 45.5%. Diese Tendenz lässt sich bis zu einem gewissen Grad durch die Nationalisierungsprozesse in Osteuropa erklären. Der Befund ist – betrachtet man die einzelnen Kategorien – nicht eindeutig: Die Abnahme der Fallzahl in der Kategorie 2-19 Partner und die gleichzeitige Zunahme in der Kategorie 60-79 Partner deuten zwar in diese Richtung, hingegen ist auch ein gegenläufiges Beispiel zu nennen, nämlich die Kategorie von multilateralen Staatsverträgen mit 160-179 Partnern, wo eine deutliche Abnahme zu registrieren ist.

Tabelle 5: Multilaterale Geschäfte nach Anzahl der Partner und nach Periode

	1. Periode		2. Periode		Total	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
02-19 Partner	62	57.9	79	46.5	141	50.9
20-39 Partner	16	15.0	25	14.7	41	14.8
40-59 Partner	8	7.5	10	5.9	18	6.5
60-79 Partner	3	2.8	22	12.9	25	9.0
80-99 Partner	5	4.7	8	4.7	13	4.7
100-119 Partner	1	0.9	6	3.5	7	2.5
120-139 Partner	1	0.9	7	4.1	8	2.9
140-159 Partner	2	1.9	11	6.5	13	4.7
160-179 Partner	9	8.4	2	1.2	11	4.0
Total	107	100.0	170	100.0	277	100.0
Durchschnitt	38.2		45.5		42.7	
<i>keine Angaben:</i>	5					

Es könnte sich bei der vielzitierten Multilateralisierung jedoch auch um einen Prozess handeln, der bereits vor den von uns untersuchten Zeiträumen in Gang gekommen ist und bei dieser Auswertung gar nicht ersichtlich sein kann. Wenn es während der achtziger und neunziger Jahre weltweit zu einer Konsolidierung der Aktivitäten im Bereich der multilateralen Abkommen und Verträge gekommen ist, konnte es auch in der Schweiz nicht zu einem Anstieg kommen. Dies scheint jedoch nicht der Fall gewesen zu sein (Graphik 1).

Zusammenfassung, Folgerungen und Ausblick

Unsere Untersuchung befasste sich mit der Frage, inwiefern sich die schweizerische Aussenpolitik von den 80er zu den 90er Jahren gewandelt habe. Spezifischer gingen wir der Frage nach, ob es in der genannten Zeitperiode zu einer Internationalisierung, zu einer Globalisierung und zu einer Multilateralisierung der schweizerischen Aussenpolitik gekommen ist.

Die Hypothese zur *Internationalisierung* hat ihren Ursprung in der aktuellen Debatte in Politik und Wissenschaft. Einerseits geht sie davon aus, dass das Gewicht der Aussenpolitik in Relation zur Innenpolitik zunimmt. Sie postuliert andererseits, dass auch immer mehr Themenbereiche, die klassischerweise im innenpolitischen Raum zu verorten sind, zum Gegenstand der Aussenpolitik werden; oder anders ausgedrückt, dass sich die Aussenpolitik immer mehr in allen Lebensbereichen und damit auch in allen Politikbereichen bemerkbar macht und zunehmend dafür sorgt, dass kaum mehr ein Thema auf die politische Agenda gesetzt werden kann, ohne dass internationale Bezüge entstehen.

Ausgangspunkt der *Globalisierungs-Hypothese* bildeten die in der theoretischen wie praktischen Debatte weit verbreiteten Aussagen, dass sich die Aussenpolitik der Schweiz zunehmend von der Kooperation mit den Nachbarstaaten und anderen westeuropäischen Staaten löst und in verstärktem Ausmass völkerrechtliche Beziehungen mit aussereuropäischen Partnern aufnimmt.

Die dritte Hypothese, als *Multilateralisierungs-Hypothese* bezeichnet, befasst sich mit der Form der internationalen Zusammenarbeit. Die in Diplomatie wie in der wissenschaftlichen Literatur gleichermassen verbreitete Aussage, dass sich internationale Politik vom bilateralen zum multilateralen Parkett verschoben habe, wurde ebenfalls einer empirischen Überprüfung unterzogen.

Diese Thematik bearbeiteten wir anhand einer quantitativen Vollerhebung aller neu abgeschlossenen oder substanzuell geänderten Staatsverträge der Schweiz mit anderen souveränen Staaten oder Völkerrechtssubjekten, wie zum Beispiel internationalen Organisationen, in den zwei Untersuchungsperioden vom Dezember 1981 bis November 1985 und vom Dezember 1989 bis November 1993. Diese Datenbasis umfasst insgesamt 821 aussenpolitische Geschäfte und ermöglicht es uns, Aussagen zu den drei oben ausgeführten Hypothesen zu formulieren. Zur Auswertung des Datenmaterials wurden einfache statistische Verfahren (Häufigkeiten, Prozentwerte, Kreuztabelle) eingesetzt. Die Resultate lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Hypothese 1: Internationalisierung

Die Vermutung, dass es in der Untersuchungsperiode zu einer thematischen Ausweitung der im Rahmen der Staatsverträge bearbeiteten politischen Themen gekommen ist (qualitative Internationalisierung), wird durch das empirische Datenmaterial gestützt. Die empirischen Analysen haben zudem gezeigt, dass auch die Hypothese zur quantitativen Internationalisierung zutrifft und es von der ersten zur zweiten Untersuchungsperiode zu einem Anwachsen der schweizerischen Staatsvertragstätigkeit gekommen ist.

Hypothese 2: Globalisierung

Das Datenmaterial stützt auch die zweite der formulierten Hypothesen. Das heisst mit anderen Worten, dass es zwischen Beginn und Ende der 80er Jahre zu einer verstärkten völkerrechtlichen Verflechtung der Schweiz mit Partnern ausserhalb Westeuropas gekommen ist und dass *quantitativ* die Bedeutung der Staatsverträge mit europäischen in Relation zu aussereuropäischen Partnern tendenziell abgenommen hat.

Hypothese 3: Multilateralisierung

Im Gegensatz zu den anderen beiden Hypothesen muss diese Hypothese, die von einem quantitativen Bedeutungszuwachs der multilateralen im Ver-

gleich zu den bilateralen Staatsverträgen ausgeht, aufgrund der präsentierten empirischen Evidenz zurückgewiesen werden. Es lässt sich anhand der von uns erhobenen Daten sogar sagen, dass es im Untersuchungszeitraum zu einer verstärkten Bilateralisierung der schweizerischen Staatsvertragstätigkeit gekommen ist.

Inwiefern es sich dabei um ein Wiederaufleben des Bilateralismus handelt, der auch einen längerfristigen Bestand haben könnte, lässt sich wegen des beschränkten Untersuchungszeitraums der vorliegenden Studie nicht abschliessend beantworten. Ob dieses doch unerwartete Ergebnis mit den (gescheiterten) Projekten für eine multilaterale Einbindung der Schweiz ins europäische und internationale System in Zusammenhang steht, kann nur vermutet werden. Ebenso voreilig wäre es, aufgrund unserer quantitativen Analyse auf eine wachsende qualitative Bedeutung des Bilateralismus zu schliessen.

Diese offenen Fragen weisen gleichzeitig auch auf Forschungsbereiche hin, die ansatzweise für die Schweiz bereits angegangen wurden, jedoch eine vertiefte Bearbeitung verdienen würden. Neben Staatsverträgen müssten auch diplomatische Tätigkeiten (Gees 1998), Internationale Organisationen (Armingeon 1996; Riklin 1995), NGOs (Freymond und Boyer 1998) und subnationale aussenpolitische Aktivitäten weiterhin systematisch erforscht werden.

Weiter von Interesse wären Untersuchungen, die sich mit einem Vergleich der aussenpolitischen Aktivitäten verschiedener Länder im Lichte der Internationalisierung, Globalisierung und Multilateralisierung befassen und damit Aufschlüsse über Differenzen nationalstaatlicher Aussenpolitik erlauben würden.

Anhang: Hinweise und Erläuterungen zum Datenmaterial

Die in diesem Artikel analysierten Daten sind im Zusammenhang mit dem NFP42-Projekt "Aussenpolitische Entscheidungsprozesse" erhoben worden (SNF-Nr. 4042-46410). Die Datenbasis umfasst alle aussenpolitischen Geschäfte des Bundes innerhalb von zwei im voraus definierten Zeitperioden. Unter aussenpolitischen Geschäften des Bundes verstehen wir sämtliche Interaktionen zwischen dem Bund und einem oder mehreren Partnern mit universeller Völkerrechtspersönlichkeit, womit unilaterale Rechtsgeschäfte nicht dazugehören. Mögliche Partner sind demnach neben den souveränen Staaten internationale Organisationen sowie einige Spezialfälle – namentlich das IKRK, der Heilige Stuhl sowie der Malteser Ritterordern –, die aufgrund der völkerrechtlichen Lehre und Praxis ebenfalls über eine Völkerrechtspersönlichkeit verfügen. Empirisch greifbares Resultat dieser Interaktionen sind die *Staatsverträge*. Sie können in der Form von Abkommen, Briefwechseln, Noten, Verträgen etc. abgefasst sein. Analysiert werden

nicht nur neu abgeschlossene Verträge, sondern auch Änderungen bestehender Verträge, sofern es sich um für die Schweiz materiell relevante Modifikationen handelt. Zu den untersuchten Fällen gehören sowohl bi- wie auch multilaterale Staatsverträge. Auch Staatsverträge, die von der Schweiz bisher (noch) nicht genehmigt oder ratifiziert und/oder noch nicht in Kraft gesetzt wurden, gehören zu den untersuchten Fällen. Ebenso wurden bei der Erhebung Verträge berücksichtigt, die nicht in der amtlichen Sammlung publiziert worden sind.. Hingegen gibt es auch eine Gruppe von aussenpolitischen Geschäften, die keine Berücksichtigung fand. Dazu gehören Vereinbarungen, die keine völkerrechtliche Verbindlichkeit erlangen und somit die Schweiz nicht international binden, also zum Beispiel Absichtserklärungen oder sog. "Memorandums of Understanding" (Section des Traités internationaux 1993: 4). Ebenso ausgeschlossen bleiben Geheimverträge, bei denen die Interessen der Geheimhaltung gegenüber jenen der Öffentlichkeit überwiegen. Eine weitere Einschränkung unserer Untersuchung liegt darin, dass wir uns ausschliesslich mit der Aussenpolitik des Bundes befassen und damit die kantonalen (kleine Aussenpolitik) und kommunalen (etwa Städtepartnerschaften) Aktivitäten ausser Acht lassen. Bei der Abgrenzung von Innen- und Aussenpolitik liessen wir uns von der Vorgehensweise leiten, wie sie in der "Systematischen Sammlung des Bundesrechts" (SR) verwendet wird.

Die Auswahl der Untersuchungsperioden erfolgte anhand bestimmter Kriterien: die jüngere der beiden Untersuchungsperioden sollte möglichst aktuell sein; um Verzerrungen zu vermeiden, sollten beide Untersuchungsperioden in Abstimmung mit den Legislaturperioden gewählt werden; die erste der Untersuchungsperioden sollte vor, die zweite nach 1989 liegen; die Untersuchungsperioden sollten ausreichend lang sein, damit die Zahl der Fälle genügend gross ausfällt, um aussagekräftige Resultate erwarten zu können; die Untersuchungsperioden sollten nicht zu lang sein, um den Aufwand zur Datenerhebung nicht allzu gross werden zu lassen; die beiden Untersuchungsperioden sollten etwa zehn Jahre auseinander liegen.

Aufgrund dieser Überlegungen wurden die Untersuchungsperioden wie folgt definiert: 1) Dezember 1981 bis November 1985; 2) Dezember 1989 bis November 1993

In einem ersten Schritt mussten die für die Untersuchung relevanten Staatsverträge identifiziert werden. Als Stichdatum für ein Geschäft galt der Abschluss der Verhandlungen auf internationaler Ebene. Wenn also die Schweiz mit einem anderen Staat beispielsweise im November 1980 einen bilateralen Staatsvertrag unterschreibt und das Parlament in der Schweiz denselben im Februar 1982 genehmigt, findet dieser Staatsvertrag keinen Eingang in die Datenbank. Für diese Vollerhebung stützten wir uns neben

den öffentlich zugänglichen Quellen (Amtliche und Systematische Sammlung des Bundesrechts, Bundesblatt, Geschäftsbericht des Bundesrates, Amtliches Bulletin von National- und Ständerat, UN Treaties Series) vor allem auf die Kartei der Sektion Staatsverträge der Direktion für Völkerrecht im EDA und die CORES-Datenbank des Bundesamtes für Justiz im EJPD. Daneben haben wir diverse Internet Sites von Depositären abgefragt. In einigen Fällen war es zudem unumgänglich, die Depositäre und diverse Bundesstellen direkt anzufragen.

Die Datenbank umfasst 821 aussenpolitische Geschäfte. Zu den Geschäften sind *geschäftsspezifische* Variablen (Name, Art und Typ, Partner, Art und Zahl der Partner, Thema, Periode, Federführung, Entscheidungsinstanz, Konfliktivität etc.) und *episodenspezifische* Variablen (Art des Ereignisses, Zeitpunkt und -dauer einer Entscheidungsphase, Zahl und Art der beteiligten Akteure) erfasst worden. Die in diesem Artikel präsentierten Auswertungen beziehen sich auf die geschäftsspezifischen Variablen.

Wir sind uns der Problematiken, die bei der quantitativen Auswertung von Rechtsquellen entstehen, durchaus bewusst. Sie sollen hier nicht verschwiegen werden: So haben wir mangels geeigneter Kriterien auf eine Gewichtung der Staatsverträge nach inhaltlicher Wichtigkeit verzichtet. Zudem war die Anzahl der Völkerrechtssubjekte (nicht nur Staaten) über die beobachteten Zeiträume hinweg nicht konstant. Ferner entsprechen aussenpolitische Geschäfte nicht in jedem Fall voneinander unabhängigen Beobachtungen.

Bibliographie

- ADAMS, Jerold L. (1972). "Japanese Treaty Patterns", *Asian Survey*, 12 (3). 242-258.
- ALTVATER, Elmar und Birgit MAHNKOPF, (1996). *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- ARCHIBUGI, Daniele und David HELD (1995). *Cosmopolitan Democracy: An Agenda for a New World Order*. Cambridge: Polity Press.
- ARMINGEON, Klaus (1996). "Einleitung. Integriert und isoliert: Die Schweiz im Prozess der Globalisierung", in Klaus ARMINGEON (Hrsg.). *Der Nationalstaat am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Schweiz im Prozess der Globalisierung*. Bern: Haupt, pp. 7-20.
- BARILLEAUX, Ryan (1985). "The President, 'Interestic Issues', and the Risks of Policy Leadership", *Presidential Studies Quarterly* 15: 754-67.
- BECK, Ulrich (1998a). *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BECK, Ulrich (Hrsg.) (1998b). *Politik der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BEISHEIM, Marianne et al. (1999). *Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung*. Baden-Baden: Nomos.

- BLANKART, Franz (1998). "Switzerland in a Globalized Economy", in Lydia LEHMANN, (ed.). *Switzerland Inside Out*. Zürich: Swiss Japanese Chamber of Commerce, pp. 101-107.
- BROCK, Lothar und Mathias ALBERT (1995). "Entgrenzung der Staatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen", *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2(2): 259-85.
- COMMISSION ON GLOBAL GOVERNANCE (1995). *Our Global Neighborhood. The Report of The Commission on Global Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- COX, Robert W. (Ed.) (1997). *The New Realism: Perspectives on Multilateralism and World Order*. Tokyo: United Nations University Press.
- DROR, Yehezkel (1996). "Demokratie und Globalisierungsdruck – Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft", in Werner WEIDENFELD (Hrsg.). *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*. Berlin: Siedler, pp. 370-388.
- FREI, Daniel (1982). *Internationale Zusammenarbeit. Theoretische Ansätze und empirische Beiträge*. Königstein: Hain.
- FREYMOND, Jean F. et Brook BOYER (1998). *Les Organisations non gouvernementales et la politique extérieure de la Suisse: Rapport de synthèse*. Genève: Center for Applied Studies in International Negotiations.
- FRIEDEN, Jeffry A. and Ronald ROGOWSKI (1996). "The Impact of the International Economy on National Policies: An Analytical Overview", in Robert O. KEOHANE and Helen V. MILNER (eds.). *Internationalization and Domestic Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 25-47.
- GARRETT, Geoffrey and Peter LANGE, (1996). "Internationalization, Institutions, and Political Change", in Robert O. KEOHANE and Helen V. MILNER, (eds.). *Internationalization and Domestic Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 48-75.
- GEES, Thomas (1998). *Aussenpolitische Delegationen des Bundesrates - eine Akteuranalyse 1937-1976*. Bern: Nationalfonds, NFP 42. (Working Paper, 1).
- GELLNER, Winand (1997). "Individualisierung und Globalisierung: Die Privatisierung der Öffentlichkeit?", in Karl ROHE (Hrsg.). *Politik und Demokratie in der Informationsgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, pp. 25-44.
- GESCHÄFTSBERICHT DES BUNDES RATES AN DIE BUNDESVERSAMMLUNG (diverse Jahrgänge).
- GESER, Hans (1992). "Kleinstaaten im internationalen System", *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44(4): 627-654.
- GIDDENS, Anthony (1997). *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- GOETSCHEL, Laurent (1998). "Schafft die Diplomaten ab - oder doch nicht? Bedarf nach einer neuen Aussenpolitik im Jubiläumsjahr", *Neue Zürcher Zeitung* 5. Jan. 1998.
- GRESS, Franz (1996). "Interstate Cooperation and Territorial Representation in Intermestic Politics", *Publius* 26(1): 53-71.
- GUÉHENNO, Jean-Marie (1998). "From Territorial Communities to Communities of Choice: Implications for Democracy", in Wolfgang STREECK (Hrsg.). *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*. Frankfurt am Main: Campus, pp. 137-150.
- HABERMAS, Jürgen (1998). "Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie", in Jürgen HABERMAS: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 91-169.

- HALLERBERG, Mark and Scott BASINGER (1998). "Internationalization and Changes in Tax Policy in OECD Countries. The Importance of Domestic Veto Players", *Comparative Political Studies* 31(3): 321-352.
- HELD, David (1996). *Models of Democracy*. Second Edition. Cambridge: Polity Press.
- HELD, David (1998). "Rethinking Democracy: Globalization and Democratic Theory", in Wolfgang STREECK (Hrsg.). *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*. Frankfurt am Main: Campus, pp. 59-78.
- HASENCLEVER, Andreas, MAIER, Peter und Volker RITTBERGER (1997). *Theories of International Regimes*. Cambridge: Cambridge University Press.
- HIRST, Paul und Grahame THOMPSON (1998). "Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken", in Ulrich BECK (Hrsg.). *Politik der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 85-133.
- HOFFMANN-NOWOTNY, Hans-Joachim (1997). "World Society and the Future of International Migration: a Theoretical Perspective", in Imek M. UÇARER and Donald J. PUCHALA (eds.). *Immigration into Western Societies: Problems and Policies*. London: Pinter, pp. 95-117.
- KAISER, Karl (1969). „*Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik*.“ Opladen: Westdeutscher Verlag, pp. 80-109. (Politische Vierteljahrsschrift, Sonderheft 1).
- KAISER, Karl (1996). "Zwischen neuer Interdependenz und altem Nationalstaat. Vorschläge zur Re-Demokratisierung", in Werner WEIDENFELD (Hrsg.). *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*. Berlin: Siedler, pp. 311-328.
- KÄLIN, Walter: (1997). "Völkerrecht und Demokratie. Zum Spannungsverhältnis zwischen Staatsverträgen und Bundesgesetzen", *Neue Zürcher Zeitung* 7. Mai 1997.
- KAPPEL, Rolf und Oliver LANDMANN (1997). *Die Schweiz im globalen Wandel. Aussenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Herausforderungen*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung. (Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms 28).
- KARNS, Margaret P. and Karen A. MINGST (1987). "International Organizations and Foreign Policy: Influence and Instrumentality", in Charles F. HERMANN, Charles W. KEGLEY and James N. ROSENAU (eds.). *New Directions in the Study of Foreign Policy*. London: Harper Collins, pp. 454-474.
- KRASNER, Stephen D. (ed.) (1983). *International Regimes*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- LAFONTAINE, Oskar (1998). "Globalisierung und internationale Zusammenarbeit", in Ulrich BECK (Hrsg.). *Politik der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 254-262.
- LINDER, Wolf, SCHWAGER, Stefan et Fabrizio COMANDINI (1985). *Inflation législative? Une recherche sur l'évolution quantitative du droit suisse*. Lausanne: IDHEAP. (Recherches sur le secteur public suisse, 1).
- LUHMANN, Niklas (1971). "Die Weltgesellschaft", *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 57: 1-35. Nachdruck: (1975). *Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, pp. 51-71.
- MANNING, Bayless (1977). "The Congress, the Executive, and Intermestic Affairs: Three Proposals", *Foreign Affairs* 55: 306-320.
- MILNER, Helen V. and Robert O. KEOHANE, (1996). "Internationalization and Domestic Politics: An Introduction", in Robert O. KEOHANE and Helen V. MILNER (eds.). *Internationalization and Domestic Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 3-24.
- PERRATON, Jonathan et al. (1998). "Die Globalisierung der Wirtschaft", in Ulrich BECK (Hrsg.). *Politik der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 134-68.

- PURY, David de (1997). "Auswege aus der Globalisierungsfalle. Plädoyer für eine weltweite Ordnungspolitik", *Neue Zürcher Zeitung* 25./26. Oktober 1997.
- RIKLIN, Alois (1995). "Isolierte Schweiz. Eine europa- und innenpolitische Lagebeurteilung", *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*, 1(2/3): 11-34.
- RITTBERGER, Volker (1995). *Internationale Organisationen - Politik und Geschichte: Europäische und weltweite zwischenstaatliche Zusammenschlüsse*. Opladen: Leske+Budrich. (2. Auflage).
- ROHN, Peter H. (1983). *World Treaty Index*. Santa Barbara, CA: ABC-Clio Information Services. (2. Edition).
- ROSATI, Jerel A., HAGAN, Joe D., and Martin W. SAMPSON (eds.) (1994). *Foreign Policy Restructuring: How Governments Respond to Global Change*. Columbia, SC: University of South Carolina.
- ROSENAU, James N. (1967). "Foreign Policy as an Issue-Area", in James N. ROSENAU, (ed.). *Domestic Sources of Foreign Policy*. New York, NY: Free Press, pp. 11-50.
- ROSENAU, James N. (1969). "Toward the Study of National-International Linkages", in ROSENAU, James N. (ed.). *Linkage Politics*. New York, NY: Free Press, pp. 44-63.
- RUGGIE, John Gerard (1998). "Globalization and the Embedded Liberalism Compromise: The End of an Era?", in Wolfgang STREECK (Hrsg.). *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*. Frankfurt am Main: Campus, pp. 79-97.
- RULOFF, Dieter (Hrsg.) (1998). *Globalisierung – eine Standortbestimmung*. Chur: Rüegger.
- SCHARPF, Fritz W. (1998). "Demokratie in der transnationalen Politik", in Wolfgang STREECK (Hrsg.). *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*. Frankfurt am Main: Campus, pp. 151-74.
- SCHNEIDER, Friedrich (1985). *Der Einfluss von Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik. Eine empirische Untersuchung für die Schweiz*. Bern: Haupt.
- SCHNEIDER, Gerald (1998). *Vom Sonderfall zum Normalfall: Eine Einführung in die Außenpolitik der Schweiz*. Zürich: Pro Helvetia.
- SCHWEIZERISCHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT (1997). „*Debate: Globalization*“, 3(4): 115-128.
- SCHWEIZERISCHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT (1998). „*Debate: Globalization*“, 4 (1): 92-116; 4 (2): 95-128.
- SCOTT, Garry L. (1973). "Treaties of the People's Republic of China: A Quantitative Analysis", *Asian Survey* 13 (5): 496-512.
- SECTION DES TRAITÉS INTERNATIONAUX (EDA) (1993). *Guide de la pratique en matière de traités internationaux*. Bern: Direction du droit international public.
- SHINOBU, Takashi (1987). "China's Bilateral Treaties, 1973-82: A Quantitative Study", *International Studies Quarterly* 31(4): 439-456.
- SIEBER, Margret (1981). *Die Abhängigkeit der Schweiz von ihrer internationalen Umwelt*. Frauenfeld: Huber.
- SPANIER, John and Robert L. WENDZEL, (1995). *Games Nations Play*. Washington, DC: Congressional Quarterly.
- SPINNER, Bruno (1977). *Die Kompetenzdelegation beim Abschluss völkerrechtlicher Verträge in der Schweiz*. Zürich: Schulthess. (Zugl. Diss. Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät, Universität Zürich).

- STREECK, Wolfgang (1998). "Einleitung: Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie?", in Wolfgang STREECK (Hrsg.). *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*. Frankfurt am Main: Campus, pp. 11-58.
- THOMAS, William I. (1951). *Social Behavior and Personality*. New York, NY: Social Science Research Council.
- THOMAS, William I. (1966). *On Social Organization and Social Personality. Selected Papers*. Chicago, IL: The University of Chicago Press.
- TUCHMAN, Gaye (1994). "Historical Social Science. Methodologies, Methods, and Meanings", in Norman K.DENZIN and Yvonna S. LINCOLN (eds.). *Handbook of Qualitative Research*. Newbury Park, CA: Sage, pp. 306-323.
- VERWALTUNGSPRAXIS DER BUNDESBEHÖRDEN (diverse Jahrgänge).
- VOGEL, Hans (1979). *Der Kleinstaat in der Weltpolitik. Aspekte der schweizerischen Aussenbeziehungen im internationalen Vergleich*. Frauenfeld: Huber.
- WALTER, Gregor und Michael ZÜRN (1996). "Regieren jenseits des Nationalstaates: Chancen und Gefahren für kleine und grosse Staaten", in Klaus ARMINGEON (Hrsg.). *Der Nationalstaat am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Schweiz im Prozess der Globalisierung*. Bern: Haupt, pp. 149-179.
- WIDMER, Thomas (1987). "Innerstaatliche Konfliktivität bilateraler Zusammenarbeit", in FREI, Daniel und Dieter RULOFF (Hrsg.). *Internationale Zusammenarbeit*. Zürich: Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, pp. 37-44. (Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft).
- ZÜRN, Michael (1998a). "Gesellschaftliche Denationalisierung und Regieren in der OECD-Welt", in Beate KOHLER-KOCH (Hrsg.). *Regieren in entgrenzten Räumen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, pp. 91-120. (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29).
- ZÜRN, Michael (1998b). *Regieren jenseits des Nationalstaats: Globalisierung und Denationalisierung als Chance*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Changements dans la politique étrangère suisse: internationalisation, globalisation et multilatéralisation

Utilisant les concepts de globalisation, internationalisation et multilatéralisation comme point de départ, nous essayons de déterminer d'une part, si ces différents processus se manifestent dans la politique étrangère suisse, et d'autre part, comment ils se manifestent. Nous avons abordé ces questions par une analyse quantitative de traités couvrant une période de quatre années, des années 80 jusqu'aux années 90. L'analyse empirique qui se base sur 821 cas, conduit à des résultats en partie surprenants. Les hypothèses concernant l'internationalisation et la globalisation se trouvent partiellement confirmées. Par contre, concernant la multilatéralisation, nous constatons dans l'étude des traités entre les années 80 et 90, qu'il n'y avait pas, dans la politique étrangère suisse, de transfert quantitatif de la collaboration bilatérale à une collaboration multilatérale.

Changes in Swiss Foreign Policy : Internationalization, Globalization and Multilateralization

In this article we investigate the question whether the much quoted processes of globalization, internationalization and multilateralization can be identified in Swiss foreign policy. We analyze two sets of foreign policy decisions – all of which refer to treaties – each comprising four years in the 1980s and 1990s (complete census design). The analysis of the 821 cases leads to some surprising results. The hypotheses concerning internationalization and globalization can be in part confirmed. As concerns multilateralization our results suggest that Swiss foreign policy, at least for the number of treaties, did not substantially shift from bilateral to multilateral cooperation between the 1980s and 1990s.

Christian HIRSCHI, stud. phil. I, Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Innen- und vergleichende Politik, Universität Zürich, Karl Schmid-Str. 4, CH-8006 Zürich; E-Mail: chirschi@pwi.unizh.ch.

Uwe SERDÜLT, lic. phil., wiss. Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Innen- und vergleichende Politik, Universität Zürich, Karl Schmid-Str. 4, CH-8006 Zürich; E-Mail: serduelt@pwi.unizh.ch.

Thomas WIDMER, Dr. phil., Oberassistent, Lehrbeauftragter und wiss. Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Innen- und vergleichende Politik, Universität Zürich, Karl Schmid-Str. 4, CH-8006 Zürich; E-Mail: thow@pwi.unizh.ch.

Paper submitted 17 August 1998; accepted for publication 17 February 1999.